

Herr Steinkamp führte zunächst aus, man habe anhand von Messungen vor Ort festgestellt, dass hier im Durchschnitt ein Verkehrsaufkommen von 2 Autos, zu Spitzenzeiten von 8 Autos pro Stunde zu verzeichnen sei. Die gemessene Geschwindigkeit habe 25 km/h betragen, was natürlich über den rechtmäßig zulässigen 10 km/h im Verkehrsberuhigten Bereich liege. Gemessen an der Anzahl der Fahrzeuge sei dies jedoch nach Ansicht der Verwaltung und der Kreispolizeibehörde noch vertretbar. Letztere hätte auch bereits vor zwei Jahren Messungen durchgeführt, welche zu ähnlichen Ergebnissen geführt hätten.

Die Monikastraße sei für Autos eine Sackgasse, jedoch für Fußgänger sowie Zweiradfahrer in Richtung Theresienstraße durchlässig. Hier sei gefordert worden, der zusätzlichen Verschmutzung, welche durch den Fuß- und Radverkehr zum nahegelegenen Lidl-Markt entstünde, entgegenzutreten.

Die Monikastraße zeichne sich dadurch aus, dass sie mehrere Versätze sowie zwei Stichwege in Richtung Hauptstraße habe. Durch diese Versätze wären allenfalls Geschwindigkeiten möglich, welche lediglich im Verwarngeldbereich lägen. Insofern sehe man auch seitens der Polizei keine Möglichkeit, weitergehende Schritte einzuleiten.

Es sei angedacht gewesen, in Zusammenarbeit mit dem Kindergarten verkehrserzieherisch tätig zu werden. Allerdings sei diese Idee verworfen worden nachdem festgestellt wurde, dass die genannte Spitzenfrequentierung von 8 Autos lediglich vor der Öffnungszeit des Kindergartens festzustellen sei.

Hinsichtlich der Schwellen bestünden bereits an neuralgischen Punkten Aufpflasterungen. Im Bereich der reinen Anliegerstraße halte die Verwaltung dies nicht für empfehlenswert, da hierdurch zusätzliche Abrollgeräusche entstünden. Erfahrungsgemäß würden diese auch nur bedingt die Geschwindigkeit absenken, da kurz vor der Schwelle heruntergebremst, danach aber wieder mit erhöhter Geschwindigkeit weitergefahren würde. Ferner käme seitens von Rettungsdiensten immer wieder die Bitte, solche Schwellen nach Möglichkeit nicht zu installieren, da diese beim Überfahren für die Patienten äußerst unangenehm wären. Gemessen an 120 Fahrzeugen pro Woche sehe er insofern andere Straßen in Sankt Augustin, in welchen mehr Investitionspotenzial stecke.

Zusätzlich habe man noch einmal eine Informationsschrift an die Haushalte in dem Neubaugebiet verteilt in welchem aufgeführt sei, wie man sich in einem verkehrsberuhigten Bereich zu verhalten habe.

Hinsichtlich der zweiten Frage bezüglich einer Barriereeinrichtung führte er aus, dass es technisch nicht umsetzbar sein dürfte, eine solche Einrichtung so zu konzipieren, dass nur Fahrradfahrer diese passieren könnten, motorisierte Zweiradfahrer jedoch nicht.

Herr Kourkoulos von der SPD-Fraktion bedankte sich zunächst für die Ausführungen. Für ihn höre es sich jedoch ein bisschen so an, als hätte die Verwaltung nach Gründen gesucht, wie sie irgendwie verhindern könne, etwas für die Bürger in der Monikastraße zu tun. Er könne auch einige der genannten Dinge nicht nachvollziehen.

So sei ihm seitens des Petenten mitgeteilt worden, dass an der angesprochenen Messung manipuliert worden sei, was er selber natürlich nicht nachprüfen könne. Das Gerät sei während der Messung umgedreht worden, sodass es keine ordentliche Messung gegeben habe.

Hinsichtlich der Schwellen rege er aufgrund der Aussage des Herrn Steinkamp an, sämtliche Schwellen im Stadtgebiet abzubauen, da immer irgendwo ein Krankenwagen

über eine Schwelle fahren müsse. Dies sei für ihn kein Argument, weshalb eine leichte Straßenerhöhung nicht noch nachträglich in eine gepflasterte Straße eingebaut werden könne. Dies sei in anderen Wohngebieten im Stadtgebiet mit weitaus weniger Anwohnern im jeweiligen Bebauungsplanverfahren berücksichtigt worden und auch geschehen.

Hinsichtlich der Barriere gebe es mehrere Beispiele im gesamten Stadtgebiet. So habe man beispielsweise am Ende der Siemensstraße mehrere Vulkansteine so nebeneinander gestellt, dass diese nur von Fahrradfahrern, nicht jedoch von motorisierten Zweiradfahrern passiert werden könnten. Auch gebe es so etwas in einer Variante mit Stangen.

Es sei auch nicht lediglich ein Petent, der sich über die Situation beklage. Er sei von mehreren Anwohnern angesprochen worden und er könne erkennen, dass die Mehrheit der 35 Parteien mit der Situation unzufrieden sei.

Herr Quadt von der CDU-Fraktion sagte, dass sich seiner Einschätzung nach dort sehr wenige Anwohner über die Situation beschwerten. Er habe vielmehr festgestellt, dass sich selbst Anwohner mit Kindern an die dort herrschenden Verkehrsregeln einer Spielstraße nicht hielten. Insofern halte er eine Installation von Schwellen nicht für zielführend. Es sei vielmehr so, dass die Autofahrer beim Anfahren einer solchen Schwelle kurz abbremsten und nach dem Überfahren wieder anführen. Zudem würde dadurch eine zusätzliche Geräuschbelastung entstehen.

Seiner Ansicht nach gebe es kein System, welches an der besagten Stelle den motorisierten Zweiradverkehr von den Fahrradfahrern trennen könne. Hier dürfe man beispielsweise auch Kinderwagen bzw. verbreiterte Kinderwagen nicht vergessen. Diese könnten eine solche Verengung dann gegebenenfalls auch nicht mehr passieren.

An die Verwaltung gerichtet stellte er die Frage, ob es Erfahrungen an anderer Stelle mit Stangenschranken hinsichtlich der Verbesserung des Zweiradverkehrs gebe.

Herr Müller von der CDU-Fraktion warnte vor der Installation von Vulkansteinen oder Ähnlichem. Diese Maßnahmen seien nicht in der StVO verankert. Vielmehr handele es sich hierbei um gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr und stellten somit Straftaten dar. Eine Barriere in Form von Stangen hätte auch insofern keinen Effekt, als dass ein motorisierter Zweiradfahrer nach dem Durchfahren sofort wieder beschleunigen würde.

Er habe den Eindruck gewonnen, dass die Monikastraße äußerst ruhig sei. Es gebe dort für Autofahrer kaum Gelegenheit, wirklich schnell zu fahren. Hinsichtlich der Motorradfahrer sehe er nur die Möglichkeit, strengere Kontrollen durchzuführen. Dies müsse jedoch die Polizei im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten regeln können.

Herr Treutler von der Fraktion DIE LINKE hielt die Idee zur Erarbeitung eines Konzeptes durch die Verwaltung für sehr gut. Nun werde aber schon an dessen Ergebnis gefeilt. Er hielte es für besser, die Verwaltung zunächst ein solches erstellen zu lassen, um darüber dann zu diskutieren. Dieses könne dann auch als Multiplikator an anderen Straßen angewandt werden.

Herr Bellinghausen von der Fraktion AUFBRUCH! sagte, er sehe in der Monikastraße keinen Handlungsbedarf.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmte Herrn Steinkamp zu,

dass eine Barriere in der geforderten Art nicht umsetzbar sei. Schließlich gebe es auch Radfahrer mit Anhängern, welche dann jedes Mal absteigen müssten.

Es sei sicherlich ärgerlich, wenn Autofahrer die Geschwindigkeitsbeschränkung einer Spielstraße missachteten, insbesondere wenn diese auch selber Kinder hätten. Hier sei die öffentliche Hand dann in einem Abwägungsprozess, nämlich einerseits an die Selbstverantwortung der Anwohner zu appellieren, andererseits jedoch ihren Schutzauftrag wahrzunehmen. Man sollte hier nun auch keinen Präzedenzfall schaffen, da ansonsten immense Kosten auf die Stadt zukämen, würde man diesen auf andere ähnlich gelagerte Fälle übertragen. Leider verstehe nicht jeder Bürger, dass dies dann auch eventuelle Steuererhöhungen nach sich ziehen könnte. Insofern stelle er die Frage, ob es nicht auch die Möglichkeit gebe über entsprechende Beschilderungen, welche weitaus weniger Kosten verursachen würden als Schwellen, an die Autofahrer entsprechend zu appellieren.

Frau Jung von der FDP-Fraktion stimmte Herrn Steinkamp zu, dass ein geringes Verkehrsaufkommen auch nur zu einem äußerst geringen Gefahrenpotential gereiche. Gleichwohl würde es schon ausreichen, wenn nur ein Kind zur falschen Zeit am falschen Ort sei und es zu einem Unfall käme. Gemessen an anderen Bereichen im Stadtgebiet sei es an dieser Stelle aber doch sehr ruhig.

Sie stellte die Frage, ob sich nach den geschilderten Maßnahmen der letzten Wochen und Monate spürbar etwas verbessert habe. Sie stimme Herrn Metz zu, dass man sicherlich über optische Zeichen wie zum Beispiel Piktogramme darauf hinweisen könne, dass in der Spielstraße nur mit maximal 4 - 7 km/h gefahren werden dürfe.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass mit dem Antrag die Verwaltung gebeten werde, mögliche Maßnahmen zu eruieren. Die bereits genannten Maßnahmen seien insofern nur beispielhaft gewesen.

Herr Gleß merkte an, dass es oftmals auch die Anwohner selber seien, welche mit zu hoher Geschwindigkeit durch diesen Bereich führen. Er hielt das Problem insofern für absurd. Er kenne es von anderen Nachbarschaften, dass dort im Falle eines solchen Problems die Anwohner miteinander redeten, wodurch auch ganz schnell eine Lösung herbeigeführt würde. Es sei für ihn ein Zeichen von noch nicht funktionierenden Nachbarschaften, wenn solche Probleme nach außen träten. Insofern sei für ihn die Erstellung eines Konzeptes zu hoch aufgehangen, da dieses dann auf eine Vielzahl von vergleichbaren Bereichen im Stadtgebiet übertragen werden müsste, was einen riesigen Aufwand bedeuten würde. Hier wären ihm kleinteilige Maßnahmen sehr viel lieber, welche auch in die Haushaltsansätze der Stadt passten. Er sehe aber eben vielerorts die Verantwortung zunächst bei den Anliegern, bevor die Stadt umfangreich tätig werden müsse.

Ihm sei auch wichtig zu anmerken, dass Herr Steinkamp in seinem Vortrag nicht versucht habe nach Gründen zu suchen, um etwas nicht zu tun. Vielmehr habe dieser sich sehr viel Mühe gemacht festzustellen, wo das eigentliche Problem liege. Insofern habe er seine fachliche Meinung kundgetan. Dafür sei er schließlich auch da. Im Übrigen sollte man eine angebliche Manipulation, von welcher einem berichtet worden sei, gar nicht erst zur Sprache bringen.

Der Ausschussvorsitzende schlug daraufhin vor, das Einverständnis der

antragstellenden Fraktion vorausgesetzt, über folgenden Beschlussvorschlag zu beschließen: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Monikastraße in Sankt Augustin-Menden auf Verkehrsberuhigungsmöglichkeiten zu überprüfen.“

Herr Kourkoulos schloss sich diesem Vorschlag an. Er bat jedoch um die Ergänzung, dass dann auch entsprechend im Ausschuss darüber berichtet würde.

Er dankte Frau Jung, dass sie einen konkreten Vorschlag gemacht habe. Dies habe er bei der Verwaltung vermisst. Ihm sei es zu wenig einfach zu sagen, dass der Antrag abgelehnt werde und alles so bleibe wie es sei.

Herr Müller wies darauf hin, dass das Zeichen 325 ein Gebotszeichen sei, insofern also Vorschriftencharakter besitze. Das bedeute, dass hier eine Fahrgeschwindigkeit von 4 bis 7 km/h vorgeschrieben sei und alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt seien und damit aufeinander Rücksicht zu nehmen hätten. Die Höchstgeschwindigkeit gelte im Übrigen auch für Radfahrer. Auch sei man von dieser Straße aus wartepflichtig gegenüber anderen Straßen, d.h. die Rechts-vor-Links-Regel gelte hier nicht. Er wies darauf hin, dass es sich hier nicht um eine Spielstraße, sondern um einen verkehrsberuhigten Bereich handele. Eine Spielstraße werde mit dem Zeichen 250 angezeigt und sei nur für spielende Kinder und Fußgänger geöffnet.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion dankte Herrn Steinkamp für seine Bemühungen. Sie habe den Eindruck, dass die Verwaltung in der Vergangenheit hier schon einiges unternommen habe; andernfalls hätte sie nicht so detailliert berichten können. Sie dankte auch Herrn Gleß hinsichtlich seiner Aussage zu einer möglichen Manipulation der Messungen. Sie müsse sich auf die Zahlen, welche die Verwaltung liefere, verlassen können. Mit der Haltung, diese in Zweifel zu ziehen, habe sie ein grundsätzliches Problem. Wenn man so etwas behaupte, müsse man dies auch belegen können. Sie bat Herrn Kourpoulos insofern, dies zu unterlassen.

Sie habe ebenfalls den Eindruck, dass es sich hier um einen sehr ruhigen Bereich handele, welcher gleichfalls für jemanden, der dort nicht wohne, keinerlei Anziehungskraft habe. Einzig die Nähe zum Lidl-Markt bewirke, dass Zweiradfahrer diesen Bereich durchführen. Es würde ihr genügen, wenn die Verwaltung nun prüfe, inwieweit mit Piktogrammen oder Schildern eine Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer erfolgen könne.

Hinsichtlich der Aufpflasterungen gebe sie zu bedenken, dass in anderen Bereichen in Sankt Augustin, welche weitaus stärker befahren wären, wie zum Beispiel die Niederpleiser Straße, eine solche nicht bestehe. Sie sehe durchaus das Problem in der Monikastraße, jedoch liege dies am Verhalten derjenigen, welche diese Straße nutzten.

Herr Quad machte den Vorschlag, den Beschlussvorschlag um das Wort „Verbesserungen“ zu ergänzen. Seines Erachtens sei die Monikastraße bereits verkehrsberuhigt.

Der Ausschussvorsitzende änderte daraufhin den Beschlussvorschlag wie folgt ab: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Monikastraße in Sankt Augustin-Menden auf Verbesserungen der Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung zu überprüfen.“

Herr Puffe von der CDU-Fraktion sagte, dass er bei dieser Beschlussfassung die Gefahr

sehe, dass zukünftig die Verwaltung vermehrt beauftragt werde, einzelne Straßen auf Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung hin zu überprüfen. Manchmal würde auch ein Telefonat eines Bürgers mit der Verwaltung ausreichen, um eine entsprechende kleinteilige Maßnahme auszulösen.

Frau Jung sagte, dass sich die antragstellende Fraktion mit dem Antrag viel Mühe gemacht habe und nun ein Kompromiss vorliege, über den jetzt auch abgestimmt werden könne. Wenn Bürger auf die Fraktionen zügten und sich beschwerten und die Fraktionen daraus dann Anträge generierten, sähe sie es gerne, wenn darüber dann auch entsprechend Beschluss gefasst würde.

Herr Metz appellierte an alle Fraktionen, bevor man einen Antrag stelle, sich zu überlegen, ob das jeweilige Problem nicht auch mit einem kurzen Anruf bei der Verwaltung zu lösen sei. So habe er beispielsweise hinsichtlich Markierungen im Bereich Alter Niederberg Herrn Steinkamp angerufen, und zwei Wochen später sei bereits Abhilfe geschaffen worden. Hierfür möchte er sich an dieser Stelle auch noch einmal bedanken.

Frau Jung erklärte, dass sie ähnlich positive Erfahrungen mit der Verwaltung gemacht habe.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Protokollnotiz:

Herr Bambeck hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.